

Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts Köln (Deutschland) eingereicht am 29. Oktober 2020 — DS gegen Deutsche Lufthansa AG

(Rechtssache C-565/20)

(2021/C 19/45)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Landgericht Köln

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: DS

Beklagte: Deutsche Lufthansa AG

Vorlagefrage

Handelt es sich bei einem durch einen Gewerkschaftsaufruf bedingten Streik eigener Mitarbeiter des Luftfahrtunternehmens um einen außergewöhnlichen Umstand im Sinne von Art. 5 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 ⁽¹⁾?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (ABl. 2004, L 46, S. 1).

Vorabentscheidungsersuchen, eingereicht vom Općinski građanski sud u Zagrebu (Kroatien) am 29. Oktober 2020 — A. H./ Zagrebačka banka d.d.

(Rechtssache C-567/20)

(2021/C 19/46)

Verfahrenssprache: Kroatisch

Vorlegendes Gericht

Općinski građanski sud u Zagrebu

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: A. H.

Beklagte: Zagrebačka banka d.d.

Vorlagefragen

1. Ist Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13 ⁽¹⁾ über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, wie er in der Rechtsprechung des Gerichtshofs, insbesondere im Urteil Dunai, C-118/17, ausgelegt wird, dahin zu verstehen, dass das Recht des Verbrauchers und Darlehensnehmers, gerichtlich gegen Klauseln des ursprünglichen Vertrags oder einer gemäß gesetzlichen Vorgaben geschlossenen Zusatzvereinbarung mit dem Ziel vorzugehen, die Rückgewähr aller Vorteile zu erwirken, die die Bank aufgrund missbräuchlicher Klauseln zu seinen Lasten rechtsgrundlos erlangt hat, nicht durch Eingreifen des Gesetzgebers in das Vertragsverhältnis zwischen dem Verbraucher und der Bank eingeschränkt werden kann, wenn der Verbraucher infolge dieses Eingreifens der Änderung des ursprünglichen Vertrags, die ihm aufgrund einer den Banken auferlegten gesetzlichen Verpflichtung angeboten wurde und nicht wie in der Rechtssache Dunai unmittelbar kraft Gesetzes erfolgte, freiwillig zugestimmt hat?